

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Landbauer, Gabmann, Dr. Von Gimborn** und **Dr. Machacek**

zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2017,
Ltg. 987/V-4-2016

betreffend: **Klares „Nein“ zur Maschinensteuer**

In der jüngst veröffentlichten OECD-Studie zur Lohn- und Abgabenquote befindet sich Österreich einmal mehr im Spitzenfeld – und zwar am zweiten Platz. Mit einer Steuer- und Abgabenlast von bis zu 49,5 Prozent fließt bei einem Durchschnittsverdiener fast jeder zweite Euro an den Staat. Unsere heimischen Unternehmer kämpfen ebenfalls mit einer der höchsten Abgabenquote Europas: Diese beträgt im heurigen Jahr bereits an die 44 Prozent.

Vor wenigen Tagen ist nun die Debatte um die Einführung einer Maschinensteuer entflammt. Sämtliche Wertschöpfungskomponenten eines Unternehmens wie Gewinne, Zinsen, Pachten und Abschreibungen würden zusätzlich besteuert werden. Experten gehen davon aus, dass auch Investitionen in Maschinen und Anlagen in die Besteuerung einfließen.

Die Auswirkungen einer solchen Steuerlast wären fatal und schaden dem Wirtschaftsstandort Niederösterreich. Industriebetriebe sowie kleinere und mittlere Unternehmen könnten einer zusätzlichen Belastung nicht standhalten. Die Einführung einer Maschinensteuer bedeutet schlichtweg die Vernichtung von niederösterreichischen Arbeitsplätzen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich gegen die Einführung einer Maschinensteuer aus.
- 2) Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, die Einführung einer Maschinensteuer zu verhindern.“